
Verlegung von Stolpersteinen

Opfer des Faschismus 1933 - 1945

Freitag, 11. Mai 2018

in Neunkirchen

mit dem Künstler Gunter Demnig



Stolpersteine

Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, dass Gunter Demnig das Projekt Stolpersteine entwickelt hat.

Ziel des Projektes ist es die Erinnerung lebendig zu halten an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer, aller Opfer im Nationalsozialismus. Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt.

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, zitiert Gunter Demnig den Talmud.

Mit den Steinen wird an die Menschen erinnert, die einst hier wohnten.

Auf den Steinen steht geschrieben: „HIER WOHNTE...“ Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.

Inzwischen liegen Stolpersteine in mehr als 1000 Orten Deutschlands und in 20 Ländern Europas.

Das sind mehr als 50.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind.

Für 120 € kann jeder eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins übernehmen. Weitere Informationen: www.stolpersteine.com

Das Projekt in Neunkirchen

Den Anstoß dazu gaben Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) Landesvereinigung Saar. Gemeinsam mit Aktiven des „Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus“ wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um im Gebiet der Kreisstadt Neunkirchen „Stolpersteine wider das Vergessen“ zu verlegen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe recherchieren die biographische Daten von Opfern, im Stadtarchiv Neunkirchen und Archiven andernorts, nehmen Kontakt zu Angehörigen auf, sichten Literatur zu Verfolgung und Widerstand an der Saar und von Saarländerinnen und Saarländern. Die bisherigen Biographien der Opfer sind jeweils in einem Begleitheft veröffentlicht, auch bei www.neunkirchen.de/rathaus/geschichte-neunkirchen-saar/stolpersteine.html

Am 19. November 2012 wurden in Wiebelskirchen 9 Stolpersteine von Gunter Demnig verlegt.

Als Verlegeort dieser Steine wurde der Wibiloplatz gewählt, nicht - wie üblich - der Bürgersteig vor den Wohnhäusern. Damit liegen diese Steine im Zentrum des Ortes, sichtbar und erlebbar für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. An der Verlegung beteiligten sich auch Schüler der Ganztagsgemeinschaftsschule Haspelstraße.

Die zweite Verlegung fand am 20. und 21. April 2015 statt, 19 Stolpersteine, in der Kernstadt, in Heinitz, Sinnerthal und Wellesweiler. Diese Steine wurden überwiegend vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer verlegt. Bei diesen beiden Verlegungen beteiligten sich Schüler der Straßenbauerklasse des Technisch-Gewerblichen Berufsbildungszentrums Neunkirchen mit der Klassenlehrerin Frau Hack.

Mit den Steinen erinnern wir an Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstands, an Angehörige der „Internationalen Brigaden“ im spanischen Bürgerkrieg und an politisch Verfolgte, an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, an Euthanasieopfer, an sozial Ausgegrenzte und an Familienangehörige, die unter dem Naziregime gelitten haben.

Bei einigen Opfer konnten nur sehr wenige biographische Angaben ermittelt werden. Bei vielen gibt es keine überlebende Angehörige, oder sind nicht bekannt und auch amtlich nicht erfasst. So ist es schwierig, Daten und Ereignisse zusammenzutragen und entsprechende Lebensläufe zu erarbeiten.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Frau Dr. Wilhelm-Schaffer, Lehrerin des „Gymnasium am Krebsberg“ mit Ihrer Klasse eigenständig Biographien recherchiert.

Wir bedanken uns bei allen, die weiterhin dieses Projekt unterstützt haben, durch Spenden zur Finanzierung der Stolpersteine und andere Maßnahmen, bei Verantwortlichen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und des Zentralen Betriebs Hofes.

Am 11. Mai werden in Neunkirchen zum dritten Mal Stolpersteine verlegt, 19 Steine, an 8 Verlegestellen. Dies erfolgt drei Tage nach dem 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, einem Tag, der auch in unserem Land ein offizieller Gedenktag sein sollte.

Die Aktion wurde gefördert durch die **KREISSTADT NEUNKIRCHEN** 

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Organisation: Ulrike Heckmann und Rainer Dörrenbecher

Recherche und Biographien: Erika Klug

Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer, Lehrerin am Gymnasium am Krebsberg; Monika Hack, Lehrerin am GBBZ; Ulrike Pfeifer-Scholz, Meisterin am SBBZ; Mathilde Ott; Anton Holweck; Frederick Leister Jugendzentrum Neunkirchen (JUZ) und weitere Aktive des JUZ

Verantwortlich für den Inhalt:

Ulrike Heckmann, Rainer Dörrenbecher (Redaktion)

Gestaltung + Druck:

Kreisstadt Neunkirchen

Herausgeber:

Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus

Fotonachweise + Quellenangaben:

KZ Buchenwald, Eingangstor: www.geschichtsverbund-thueringen.de

Gedenkstätte Hadamar, Stele: www.gedenkstaette-hadamar.de

Gedenkstätte Tarancón, Spanien: Quelle: www.kfsr.info (Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik)

Informationspavillon der Gedenkstätte Camp de Gurs; http://de.wikipedia.org/wiki/Camp_de_Gurs

Bahnhofstraße, historisch: privat

Fotos von Familie Keller: Barbara Keller, privat

Albert Spiegel: Wellesweiler Arbeitskreis für Geschichte,

Landeskunde und Volkskultur e.V., Hans-Günter Sachs

Postkarte Brückweiherhof: Wellesweiler Arbeitskreis f. Geschichte,

Landeskunde und Volkskultur e.V., Hans-Günter Sachs

aktuelle Fotos: Gerhard Schaal

Erläuterungen zu Begriffen in den Biographien

Bedingungen in den Konzentrationslagern

Die ersten Konzentrationslager entstanden schon 1933, unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten. „Der Hauptzweck der KZ war die Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen Herrschaft. Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten - das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat. Je drastischer, umso besser, und je gründlicher, umso nachhaltiger.“

(*) Vernichtung durch Arbeit - war das Ziel der KZ-Verwaltungen.

Die ersten Häftlinge waren Angehörige der Arbeiterbewegung, der KPD, der SPD und der Gewerkschaften. Diese mussten die Konzentrationslager erst aufbauen. Dann folgten Widerstandskämpfer/Innen, politisch und religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma (Zigeuner), Homosexuelle, Opfer von Denunziationen, sog. Arbeitsscheue, Kriminelle ...

Der „Empfang“ in den Lagern war meist mit viel Geschrei und Prügeln durch die SS verbunden.

Bei der Registrierung erhielten die Häftlinge eine Nummer, die ihren Namen ersetzte und den für sie festgelegten Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten. Politische Häftlinge z.B. erhielten einen roten Winkel, Homosexuelle einen rosa Winkel. Viele KZ auf deutschem oder österreichischem Boden waren mit einem Steinbruch verbunden, in dem die Häftlinge unter Aufsicht der SS Steine brechen und schleppen mussten (z.B. in Buchenwald, Mauthausen, oder Struthof/Elsass).

Die Steine durften nicht zu klein sein, der Weg nach oben war steil, leicht konnten sie die Stufen verfehlen und in die Tiefe stürzen. Dabei wurden sie von der SS mit Schlägen zur Eile angetrieben.

Wer bei der Arbeit versagte, wurde erschossen oder in den Abgrund gestürzt.

Diese Schufterei und die Misshandlungen waren schon unerträglich. Zusätzlich verschärft wurde die Situation durch das völlig unzureichende Essen; es war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. So kamen die Häftlinge Tag für Tag nach 12 Stunden Arbeit, bis zum Zusammenbruch ausgelaugt, zu ihren Unterkünften zurück. Beim Appell am Abend konnten sich viele kaum noch auf den Beinen halten. Es ging in diesen Lagern nur ums Überleben, aber das war schwer, ja fast unmöglich, wenn der Lebenswille Tag für Tag abnahm. Die politischen Häftlinge in den KZ hatten oft einen kameradschaftlichen Zusammenhalt und unterstützten sich gegenseitig. Sie klammerten sich an die Hoffnung auf ein vom Faschismus befreites Deutschland. Sie wollten diesen Tag erleben, das war Ansporn sich nicht in die Verzweiflung zu stürzen.

Mit zunehmendem Arbeitskräftemangel in der Produktion wurden neben den „Fremdarbeitern“ aus den besetzten Ländern auch KZ-Häftlinge eingesetzt. Auch hier waren die „Arbeitsbedingungen“ nicht mit denen der Stammbefreiung vergleichbar. Auch hier war die Todesrate durch Erschöpfung, Misshandlungen und Ermordung hoch.

Im besetzten Polen und Weißrussland wurden spezielle Vernichtungslager errichtet, in denen vor allem die jüdische Bevölkerung systematisch ermordet wurde. Das größte war bei Auschwitz in Polen. Der Tag der Befreiung dieses KZ durch die Rote Armee, der 27. Januar ist inzwischen Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus.



KZ Buchenwald, Eingangstor

Die Überlebenden der KZ konnten viele Jahre nicht über die Zeit im KZ sprechen. Und nur Wenige haben dies Jahrzehnte später getan. In der Broschüre „K.Z. Lager Natzweiler-Struthof“, Herausgeber „Comité National du Struthof“ 1966, beschreibt Dr. med. Léon Boutbien, Deportierter von Struthof, sich und seine Mithäftlinge: „Stellen wir uns einen Menschen vor, der plötzlich aufhört, ein menschliches Wesen zu sein, um ein, bis dahin jeder zoologischen Einteilung unbekanntes, tierisches Ungeheuer zu werden, nur noch ein Verdauungsschlauch, ein Hampelmann mit knöchernen Gliedern, ein wandelndes Skelett, herumirrend verstört, mit Wahnvorstellungen - so war der abgeschiedene Mensch, der dem Hunger und dem Klima erlag, ...“ (Seite 9,10)

(*) Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Verlag Karl Alber, München 1946. (44. Auflage. Heyne Verlag, München 2006, ISBN 3-453-02978-X)

AZR / ASR Häftlinge (Arbeitszwang Reich bzw. Arbeitsscheu Reich)

Am 24. November 1933 wurde von den Nazis das Gesetz gegen gemeingefährliche Gewohnheitsverbrecher erlassen. Dieses Gesetz ermöglichte eine unbefristete Sicherungsverwahrung im Anschluss an eine Strafverbüßung. Eine Erweiterung dieses Gesetzes wurde am 14. Dezember 1937 mit dem „Grundrlass zur Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ beschlossen. Auf dieser Basis konnten Bürger auch ohne „Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher“ zu sein wegen so genanntem „asozialem Verhalten“ in polizeiliche Vorbeugehaft genommen werden. Die Festlegung, wer asozial eingestuft wurde, war eine äußerst willkürliche Entscheidung. Als Personengruppen zählten dazu: „Obdachlose, Vagabunden, Bettler, Sinti und Roma, aber auch Alkoholiker, Querulanten, Müßiggänger, und Raufbolde. Die Wahnidee, durch Lagerhaft und Rassenhygiene eine kriminalitätsfreie Gesellschaft formieren zu können, machte immer mehr Menschen zu Opfern polizeilicher Ermessenswillkür.“ 1*) „Ohne die bereitwillige Zuträgerschaft durch Gesundheits-, Arbeits- und Fürsorgeämter, durch Partei- und NSV- Funktionäre (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), durch Bürgermeister und örtliche Polizei hätte die Kripo ihr blutiges Handwerk nicht ausüben können.“ 2*)

Es gab Sonderaktionen in denen diese Männer und Frauen aufgegriffen und in KZ überstellt wurden. Sie erhielten keinen Prozess, keine Verurteilung, sie wurden den Lagern und damit der SS-Gewalt übergeben. Bei der Registrierung erhielten sie den für sogenannte „Asoziale“ festgelegten Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten. Diese Häftlingsgruppe stand in der Lagerhierarchie weit unten. Sie wurden sehr oft Opfer sadistischer SS-Leute oder krimineller Häftlinge. Die meisten von ihnen überlebten nur wenige Monate in den Lagern.

Leider konnte zu dieser Opfergruppe nur wenig zusammengetragen werden, die meisten wurden schlicht vergessen. Wer wollte sich auch öffentlich zu einem „Asozialen“ bekennen. Nach 1945 bis in die Jetztzeit wurde kaum über sie gesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Menschen nicht als Opfer des Faschismus anerkannt. Diese sind die verdrängten Opfer des Naziregimes.

Aus Neunkirchen wurden drei uns bisher bekannt gewordene Bürger als AZR/ ASR eingestuft und ins KZ gebracht, wo sie zu Tode kamen. Heute wird ein vierter Stolperstein für einen ASR/AZR-Häftling verlegt. Quellen: aus „Herrschaft und Alltag“ von Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Seite 282/283

Internierungs- bzw. Konzentrationslager „Camp de Gurs“

Das Camp de Gurs, nahe der französischen Ortschaft Gurs, Département Pyrénées Atlantiques, nördlich der Pyrenäen, war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg das größte französische Internierungslager. Es wurde zunächst für republikanische Kämpfer des spanischen Bürgerkrieges eingerichtet, die nach

der Auflösung der Interbrigaden nach Frankreich gingen. Ab Mai 1940 wurden auch politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die z.T. schon mehrere Jahre in Frankreich lebten, dort interniert.

Seit Oktober 1940 wurden - noch unter dem Vichy-Regime - in dem Lager fast alle aus Südwestdeutschland, Elsass und Lothringen deportierten Juden zusammengepfercht. Im Rahmen der „Wagner-Bürckel-Aktion“ (*) wurden die noch in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet lebenden Juden und die jüdische Bevölkerung aus Elsass-Lothringen in das Camp de Gurs deportiert; die meisten wurden 1944 in die Vernichtungslager transportiert.

Camp de Gurs war berüchtigt für die Behandlung der Juden; es war nach Aussage von Überlebenden die Hölle. Die hygienischen Bedingungen katastrophal, das Essen unzureichend und die Sterberate überdimensional hoch. Die jüdischen Internierten „verstarben reihenweise“ durch Unterernährung und Krankheiten und fehlende hygienische Bedingungen.

Es handelte sich eigentlich um Massenmord.

Seit 1994 ist das Lagergelände eine nationale Gedenkstätte, welche die Erinnerung an seine Geschichte und die dort Internierten wach halten soll. Es wird vom Förderverein „Amicale du Camp de Gurs“ mit Sitz in Pau betreut. Das Gelände ist frei zugänglich.

Quellen: Info-Material der Gedenkstätte; <http://gurs.free.fr> (französisch), Wikipedia



Organisation Todt

Die Organisation Todt (OT) war eine paramilitärische Baugruppe, die den Namen ihres Führers Fritz Todt (1891-1942) trug. Die 1938 gegründete Organisation unterstand ab März 1940 diesem auch als Reichsminister für Bewaffnung und Munition (RMfBM) sowie dem Nachfolgeministerium unter Albert Speer. Sie wurde nach Kriegsbeginn vor allem für Baumaßnahmen in den von Deutschland besetzten Gebieten eingesetzt. Bekannt wurde sie durch den Ausbau des Westwalls, den Bau der U-Bootstützpunkte an der französischen Küste sowie des „Atlantikwalls“ (verbunkerte Artillerie- und Verteidigungsstellungen). Ab 1943 baute sie die Abschussrampen der V1- und V2-Raketen. Im Sommer 1943 folgte im Reichsgebiet der Ausbau von Luftschutzanlagen für die Zivilbevölkerung und die Untertageverlagerung von Industriebetrieben.

Neben deutschen freiwilligen Arbeitern wurden die Arbeitskräfte zwangsrekrutiert. Zunehmend kamen „freiwillige Fremdarbeiter“, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zum Einsatz. Dementsprechend waren die Behandlung und Verpflegung unterschiedlich.

Ab Herbst 1944 wurden 10.000-20.000 sogenannte „Halbjuden“ und Personen, die mit Juden verheiratet waren, in Spezialabteilungen zwangsrekrutiert oder im Zuge der sogenannten „Mischlingsaktion“ vom

19. September 1944 verhaftet und in OT-Lager verbracht.

Die Organisation Todt verfügte gegen Ende 1944 über 1.360.000 Arbeitskräfte, davon waren nur noch 14.000 „wehruntaugliche“ Deutsche. Die restlichen Arbeitskräfte waren mehrheitlich Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und 22.000 KZ-Häftlinge.

Nach dem Sieg über das faschistische Deutschland wurde im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher den Angeklagten Wilhelm Keitel, Fritz Sauckel und Albert Speer nachgewiesen, den völkerrechtswidrigen Einsatz ausländischer Zivilisten und Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen bei militärischen Infrastrukturmaßnahmen der OT wie dem Atlantikwall geplant und umgesetzt zu haben. Quelle: Wikipedia

Lager Cravant

Der Ort Cravant liegt 18 km südlich von Auxerre an der Route nationale 6, Département Yonne, Bourgogne. Die Gemeinde Cravant wurde am 1. Januar 2017 mit Accolay zur neuen Gemeinde Deux-Rivières zusammengeschlossen.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde von der staatlichen französischen Flugzeugindustrie in den Steinbrüchen von Palotte, bei Cravant, ein unterirdisches Flugzeugwerk eingerichtet, das zunächst den französischen Bomber LeO 45 montierte. Nach dem Sieg der Wehrmacht über Frankreich stellten die deutschen Besatzer die Produktion ein und nutzten die Fabrik als Wartungsstätte für ihre Jagdflugzeuge Focke-Wulf FW 190. Nach dem Rückzug der Wehrmacht im Jahre 1944 wurden weitere 70 Exemplare der Focke-Wulf montiert und an das französische Jagdfliegergeschwader „Escadrille française Normandie-Niemen“ übergeben. Am 18. Februar 1946 wurde die Fabrik schließlich geschlossen.

Quelle: Wikipedia

Fremdarbeiter

Mit den Einberufungen zur Wehrmacht zu Beginn des faschistischen Krieges 1939 entstand in Deutschland Arbeitskräftemangel. Zunächst wurden im Reich Frauen und Mädchen dienstverpflichtet. Zusätzlich wurden aus den besetzten Gebieten Männer und Frauen als Fremdarbeiter „angeworben“. Diese „Anwerbung“ erfolgte unter falschen Versprechungen. Doch die Zahl der „Freiwilligen“ reichte bei weitem nicht aus. Menschen wurden zwangsrekrutiert, deportiert und im Reich als Zwangsarbeiter eingesetzt. Und zunehmend wurden Kriegsgefangene unter Missachtung des Kriegsrechts als Arbeitsklaven eingesetzt.

Im Raum Neunkirchen gab es ein Netz von 23 Lagern. Dies waren KZ-ähnlich angelegte Barackenlager; über zehntausend Menschen waren dort eingepfercht. Über 500 Männer und Frauen haben in Neunkircher Betrieben ihr Leben gelassen; z.B. Neunkircher Eisenwerk, den Schachtanlagen, Firma Menesa (heute Eberspächer), Ziegelei Köppel

Gräber umgekommener Zwangsarbeiter/innen und Kriegsgefangener befinden sich auf dem jüdischen Friedhof, Herrmann Straße; dort sind 234 Gräber sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiterinnen und ~Arbeiter; auf dem Hauptfriedhof sind 45 Gräber und in Wellesweiler drei Gräber. In den Lagern wurden über 103 Kinder geboren, von denen sind 32 verstorben. Nach dem Krieg wurden die Gebeine der Kinder an der Mauer des jüdischen Friedhofes beigesetzt. Es gab aber auch Beispiele von Solidarität und Menschlichkeit aus der Bevölkerung gegenüber den Fremd- und Zwangsarbeiter/Innen; und dies bedeutete unter Umständen Lebensgefahr.

Wagner-Bürckel-Aktion

Den Gauleitern Robert Wagner (Gau Baden) und Josef Bürckel (Gau Saarpfalz) wurden am 2. August 1940 die Gebiete Elsass und Lothringen als „Chefs der Zivilverwaltung“ (CdZ) unterstellt, wobei an Wagner das Elsass zur Bildung eines neuen Gaus „Oberrhein“ und Lothringen an Bürckel zur Bildung eines neuen Gaus „Westmark“ ging. Anlässlich einer Besprechung der beiden Gauleiter in der Reichskanzlei am 25. September 1940 forderte Adolf Hitler sie auf, dafür zu sorgen, dass ihre Gebiete „judenfrei“ gemacht würden. Wagner und Bürckel beschlossen, in einer koordinierten Aktion die Deportationen auch auf die im südwestdeutschen Reichsgebiet lebenden Juden auszudehnen. Quelle: Wikipedia

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) wurde am 18. April 1932 durch die Nationalsozialisten als eingetragener Verein gegründet und am 3. Mai 1933, nur wenige Monate nach der Machtübertragung, zur Parteiorganisation der NSDAP erhoben.

Im Zuge der Gleichschaltung mit dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt (AWO) trat die NSV als Staatsorganisation und Verein neben die sieben verbliebenen Wohlfahrtsorganisationen.

Zwar gelang der NSV trotz des Verbotes der Arbeiterwohlfahrt nicht die Monopolisierung der gesamten freien Wohlfahrt, jedoch wurden ursprünglich führende Verbände wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die evangelische Diakonie oder die katholische Caritas zurückgedrängt. Die Struktur der NSV glich dem Aufbau der NSDAP mit Orts-, Kreis- und Gruppenverwaltungen. Quelle: Wikipedia

Nürnberger Gesetze

Mit den Nürnberger Gesetzen - auch als Nürnberger Rassengesetze oder Ariergesetze bezeichnet – institutionalisierten die Nationalsozialisten ihre antisemitische und rassistische Ideologie auf juristischer Grundlage. Sie wurden anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP, des sogenannten „Reichsparteitags der Freiheit“, am Abend des 15. Septembers 1935 einstimmig angenommen, der eigens zu diesem Zweck telegrafisch nach Nürnberg einberufen worden war. Sie umfassten das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre – das sogenannte Blutschutzgesetz - und das Reichsbürgergesetz.

Das am 15. September 1935 erlassene Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbot die Eheschließung sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden. Es sollte der sogenannten „Reinhaltung des deutschen Blutes“ dienen, einem zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen Rassenideologie. Verstöße gegen das Gesetz wurden als „Rassenschande“ bezeichnet und mit Gefängnis und Zuchthaus bedroht. Quelle: Wikipedia

Aktion T4

Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für die systematische Ermordung von mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in Deutschland von 1940 bis 1945. Diese Ermordungen waren Teil der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus mit über 200.000 Opfern.

Diese Aktion wurde auch als Vernichtung lebensunwerten Lebens und NS-Krankenmorde bekannt. Namensgebend für das in der Nachkriegszeit mittlerweile gebräuchliche Kürzel Aktion T4 war die in einer damaligen Villa in der Tiergartenstraße 4 in Berlin-Mitte untergebrachte Bürozentrale für die Leitung der Ermordung behinderter Menschen im gesamten Deutschen Reich. In den erhaltenen zeitgenössischen Quellen findet sich die Bezeichnung Aktion T4 nicht. Dort wurde der Begriff Aktion, oder auch mit einem vorangestellten Kürzel für Euthanasie (Eu-Aktion bzw. nur E-Aktion), verwendet. Quelle: Wikipedia



Saarbund

Saarländische Partei, die sich für ein autonomes Saargebiet einsetzte, mit gleichwertigen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, die Mitgliedschaft war politisch uneinheitlich, z.T. gegensätzlich, von Wirtschaftsvertretern bis linksradikalen Gewerkschaftern; wegen ihrer konsequenten antinationalen Einstellung waren die Mitglieder schon in den 20er Jahren diffamiert und ausgegrenzt; die Partei zerfiel; Linke antifaschistische ehemalige Mitglieder beteiligten sich 1933 an der Gründung der Saarländischen Sozialistischen Partei (SSP); die SSP beteiligte sich an der „Einheitsfront“ (Quelle: G. Paul in „Richtig daheim waren wir nie“, J. H. W. Dietz Nachf. 1987, Seite 232 ff)

Antifaschistische Einheitsfront im Saargebiet

Nach dem Versailler Vertrag von 1919 war das Saargebiet für fünf Jahre vom Deutschen Reich getrennt und dem Völkerbund unterstellt. Danach sollte in einer Volksabstimmung über die weitere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden. Bis auf eine kleine Minderheit plädierten bis zur Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 alle Parteien und gesellschaftliche Organisationen für den Anschluss an Deutschland.

Anfang Juli 1934 veröffentlichten die Sozialdemokratische Landespartei Saargebiet und die Kommunistische Partei Saargebiet den Aufruf: „An das Saarvolk“, das „Einheitsfrontabkommen“ gegen die Eingliederung des Saargebietes an Nazi-Deutschland. Dieses Abkommen und die folgenden gemeinsamen Aktionen kamen erst nach Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten im Saargebiet und in den Exilvorständen beider Parteien zu Stande. Und erst im Dezember kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, der beiden größten Gewerkschaftsverbände. Wie wir wissen, hatte die antifaschistische Einheitsfront eine tragische Niederlage erlitten. Gegen die propagandistische Übermacht der Deutschen Front und die weitverbreitete nationalistische Stimmung konnte sich die Einheitsfront bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 nicht durchsetzen.

Fast 91% stimmten für den Anschluss an das faschistische Deutschland.

Literaturauswahl: Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935, Frankfurt a. M. 1978; Mallmann, Klaus-Michael: das zersplitterte Nein, Bonn 1989; Paul, Gerhard: Deutsche Mutter - heim zu Dir! Köln 1984

Der Spanische Bürgerkrieg

Der Spanische Bürgerkrieg, verkürzt auch als Spanienkrieg bezeichnet, dauerte von Juli 1936 bis April 1939. Im Rahmen dieser Erläuterungen können Ursachen, Verlauf, internationale Bedeutung und Ergebnisse nur stichwortartig dargestellt werden. Spanien war, wie Portugal, damals noch ein Staat mit halbfeudalen Strukturen auf dem Land und großen sozialen Gegensätzen. Im Februar 1936 erreichte die Volksfront (frente popular), ein Bündnis linker republikanischer und sozialistischer Parteien, zum zweiten Mal eine parlamentarische Mehrheit und bildeten eine Regierung. Die äußerst rechts stehenden Parteien, Unternehmerverbände, Großgrundbesitzer, der katholische Klerus und Teile des Militärs erkannten die Regierung nicht an. Am 17. Juli 1936 putschten in Spanisch-Nordafrika Francisco Franco und weitere rechtsgerichtete Generäle gegen die Regierung der Zweiten Spanischen Republik.



Der Putsch wurde von Anbeginn durch das faschistische Deutschland militärisch unterstützt, ebenso vom faschistischen Italien. Traurige Berühmtheit erlangte die völlige Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch die deutsche Luftwaffe, die Legion Condor. Pablo Picasso schuf danach das Monumentalgemälde, das die Schrecken der Bombardierung eindringlich darstellte.

Die europäischen demokratischen Länder verständigten sich auf eine Nichteinmischung.

Dadurch wurden die Putschisten begünstigt; Deutschland und Italien unterstützten weiterhin Franco durch „Freiwilligeneinheiten“, Waffen und Panzer. Lediglich die Sowjetunion und Mexiko leisteten der Republik militärische und Wirtschaftshilfe.

Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften vieler Länder, Intellektuelle, Kulturschaffende, Wissenschaftler riefen zur Solidarität mit der Republik auf. Antifaschistische Freiwillige aus allen Ländern Europas, den USA, Kanada und Australien gingen unmittelbar nach dem Putsch nach Spanien um die Republik zu unterstützen und den Faschismus zu bekämpfen. Es wurden die Internationalen Brigaden gebildet, die an mehreren wichtigen Fronten eingesetzt wurden. Unter dem Druck Frankreichs und vor allem Großbritanniens musste die republikanische Regierung 1939 die Internationalen Brigaden auflösen.

Die Interbrigadisten mussten das Land verlassen.

Der Krieg endete mit dem Sieg Francos und der verbündeten Truppen aus Italien und Deutschland.

Es folgten ungeheure Massaker der Nationalisten an den Republikanern. Bis in die Gegenwart werden noch Massengräber gefunden.

Je nach politischem Standpunkt wird in vielen Veröffentlichungen tendenziös berichtet.

In seinem Buch „Von der Saar zum Ebro. Saarländer als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg 1936 - 1939“ hat Max Hewer eine kurze sachliche Darstellung des Spanischen Bürgerkriegs vorangestellt.

Auch auf https://de.wikipedia.org/wiki/Spanischer_Bürgerkrieg ist eine Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges. Er spielte auch in der Literatur eine Rolle. z.B. Ernest Hemingway: „Wem die Stunde schlägt“; Gustav Regler: mehrere Romane, Biographie „Das Ohr des Malchus“

Familie Lützenburger

ehem. Wohnhaus, Kuchenbergstraße 81

Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

August M. E. Lützenburger
geboren 1881, überlebte

Fanny Lützenburger, geborene Hayum
geboren 1873
gestorben am 20. September 1939

Helma Kaub, geborene Lützenburger
geboren 1915, überlebte



August M. E. Lützenburger wurde 1881 im Amtsbezirk Fürth, Bayern, geboren; von Beruf war er Eisenbahnsekretär. Im Dezember 1906 heiratete er Fanny Hayum, geb. 1873. Sie wohnten später in Wiebelskirchen, heute Kuchenbergstraße 81.

Herr Lützenburger war evangelisch, Ehefrau Fanny war jüdischer Konfession.

1915 wurde Tochter Helma geboren, die ebenfalls im jüdischen Glauben erzogen wurde.

Am 12. Mai 1937 wurde Herr Lützenburger auf Betreiben der NS-Gauleitung zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Die Gauleitung forderte in ihrem Schreiben, (30) dass er nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln sei wie die Juden, weil er mit einer Jüdin verheiratet sei und sein „Mangel an rassischem Denken“ verstärkt werde, da seine Tochter der jüdischen Religionsgemeinschaft zugeführt worden sei. Tochter Helma Lützenburger arbeitete als Hotelangestellte und als Haushaltshilfe in Bad Wildungen, Frankfurt und Baden-Baden. In der Reichspogromnacht war Fanny Lützenburger vorübergehend verhaftet worden. Der NSDAP Ortsgruppenleiter forderte danach die Familie auf, das Land zu verlassen. Wegen ihrer bescheidenen Lebensumstände war ihnen das jedoch nicht möglich.

Im April 1939 enteignete das eigens für solche Zwecke eingesetzte Leihamt Mannheim der Familie die verbliebenen Schmuck- und Wertsachen gegen einen Spottpreis von 3.- RM.

Dies war keine persönliche Willkür, die Wilker war staatlich geregelt. Grundlage derartiger Enteignungen war die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden (31).

Da Fanny Lützenburger an einem Herzleiden erkrankte, sah sich die Tochter Helma genötigt, ihren Beruf aufzugeben und zu den Eltern zu ziehen. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich noch mehr.

Mit Einführung der Rationierung erhielten Fanny und Helma nur eine halbe Lebensmittelzuteilung, keine Fleischkarte, keine Zulagen. Herr Lützenburger teilte seine Ration mit seiner Familie.

Einzelne Paketsendungen jüdischer Organisationen aus den Vereinigten Staaten mit Kaffee und Tabakwaren verhalfen der Familie zeitweise zu eingetauschten Fleisch und anderen Lebensmitteln.

Einige Mitbürger ließen den Benachteiligten heimlich ebenfalls etwas zukommen.

Fanny Lützenburger zerbrach an den vielen Drangsalen; sie starb am 20. September 1939.

Ab September 1941 musste Helma Lützenburger den Judenstern tragen.

Sie durfte sich nur, oft geschmäht und angespien, innerhalb von Wiebelskirchen bewegen.

Der Gang zum Friseur, der Besuch eines Kinos, das Radiohören, eine Zeitung sowie der Besitz elektrischer Geräte waren ihr verboten, selbst das Halten von Haustieren. Herr Lützenburger versuchte erfolglos bei der Reichsbahn wieder eingestellt zu werden; dies gelang ihm bei der metallverarbeitenden Firma Menesa in Neunkirchen. Im Juli 1943 erlitt er jedoch einen Schlaganfall, dessen Folge eine einseitige Lähmung war. August Lützenburger und Tochter Helma waren nun fast mittellos und die Tochter musste sich um den Vater kümmern. Noch am 5. März 1945, zwei Wochen vor der Befreiung des Saargebietes, wurde Helma von der Gestapo verhaftet. Zunächst in den Gefängnissen Neunkirchen, Sulzbach, Landstuhl und Neustadt festgehalten wurde sie am 11. März 1945 mit dem Transport Nr. 37- III/11 nach Theresienstadt verschleppt. Das KZ Theresienstadt, in Tschechien, nördlich von Prag, war in diesen Tagen der Endzeit des NS-Regimes völlig überfüllt. Die Verhältnisse waren unbeschreiblich. Beim Rückzug der Wehrmacht vor der Roten Armee räumte die SS die KZ in Polen und trieb die KZ-Überlebenden in unzähligen Todesmärschen nach Westen, viele davon nach Theresienstadt. Die meisten dieser Arbeitssklaven waren fast verhungert, viele litten unter Krankheiten, wie Flecktyphus. Viele kamen in Theresienstadt an, um dann dort zu sterben. Die üblichen Hungerrationen wurden noch kleiner, Medikamente oder medizinische Hilfe gab es nicht mehr; die hygienischen Bedingungen waren menschenunwürdig. Alle litten unter den sich immer stärker verbreitendem Ungeziefer wie Läuse, Flöhe und Wanzen usw. Nach ihrer Ankunft am 14. März 1945 wurde sie dort in einem Pferdestall untergebracht. Sie wurde einem Dachdecker zur Arbeit zugeteilt und musste Ziegelsteine und Zement schleppen. Wegen ihrer Unterernährung erlitt sie einen Schwindelanfall, der sie für drei Tage in das Lagerrevier brachte. Dort war sie später als Pflegerin tätig. Am 8. Mai 1945 erhielt sie ihre Freiheit. Sie verließ Theresienstadt am 11. Juni 1945 und kehrte am 21. Juni 1945 nach Wiebelskirchen zurück, wo sie auch weiterhin ihren Wohnsitz behielt. Herr Lützenburger hatte überlebt; es ist anzunehmen, dass Vater und Tochter zusammenlebten. Er verstarb am 29. Februar 1948 in Wiebelskirchen. Am 11. Dezember 1961 heiratete Helma in Neunkirchen Walter Kaub, der 1910 in Neunkirchen geboren wurde. Die Ehe war nur kurz, ihr Mann verstarb bereits am 26. November 1965. Helma Lützenburger, verh. Kaub, lebte bis zu ihrem Tod am 23. Dezember 2001 in ihrem Haus in Wiebelskirchen, Kuchenbergstraße 81. Sie war nach 1945 geprägt von den schrecklichen Erlebnissen in Theresienstadt. In Worte fassen konnte sie das erlebte Grauen nicht, selbst Freunden gegenüber war es ihr nicht möglich über das erlebte zu sprechen.

Recherche und Text: Erika Klug, Rainer Dörrenbecher

Quellen: Textgrundlage: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1/1975 von Helmut Rudnick S. 370/371; (30) LEA Saarbrücken 6432 S. 35; (31) LEA Saarbrücken 6432 S. 12/13

Fritz (Fred) Herold

ehem. Wohnhaus, Bahnhofstraße 45

Jude

geboren am 23. Juni 1903

1935 nach Frankreich geflüchtet, überlebte

gestorben am 15. Juni 1971

Fritz Herold wurde als Sohn der Eheleute David und Fanny Herold, geb. Haas, in Neunkirchen, in der Wellesweiler Straße 13 geboren.



Fritz gehörte der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Die Familie Herold besaß in Neunkirchen in der Bahnhofstraße 45, einen Tabakwarenladen; zudem betrieb die Familie einen Tabakwarengroßhandel, mit dem Großhandel wurde das ganze Saargebiet beliefert.

Nach dem Tod des Vaters im 1. Weltkrieg am 29. Oktober 1917 half Fritz seiner Mutter im Tabakwarenladen. Vom 20. Januar 1921 bis zum 4. November 1923 weilte er in Frankfurt/Main.

Es wird angenommen, dass er sich in dieser Zeit auf die Teilhaberschaft im Großhandelsgeschäft vorbereitete. Er übernahm anschließend einen Großteil der Auslieferungen im Großhandelsgeschäft. Bis zur Wiedereingliederung des Saargebietes ins Deutsche Reich im Jahre 1935 liefen die Geschäfte der Familie Herold sehr gut.

Auf Grund der Boykotmaßnahmen durch die NSDAP und dem Verbot für Juden zum Führen eines Geschäftes, musste die Familie im Oktober 1935 Konkurs anmelden. Alle Ladeneinrichtungen wurden versteigert. Fritz Herold hatte wohl seinen Unmut über die Geschäftsschließung offen kundgetan. In der Wiedergutmachungsakte ist vermerkt, dass er gewarnt wurde, sein Leben sei in Gefahr, er sollte verhaftet und mit Stricken zu Tode geschleppt werden.

Er floh am 10. Oktober 1935 nach Straßburg und von dort weiter nach Paris.

Dort fand er offensichtlich keine Arbeit. Eine Freundin der Familie Herold besuchte ihn in den Jahren 1938 und 1939 im Auftrag der Mutter und brachte ihm Geld zum Überleben.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands übersiedelte er nach Limoges, Département Haute-Vienne, wo er am 2. Juli 1941 seine Frau Marie Josephe Rachelle Boisseau heiratete.

Sie war keine Jüdin und konnte Fritz vor der Gestapo schützen.

Seine Mutter Fanny Herold(*) war zu der Zeit in Camp de Gurs(*1) interniert.

Aus gesundheitlichen Gründen hatte sie einen sechswöchigen Urlaub vom Campe de Gurs erhalten. Fritz versteckte seine Mutter in einem illegalen Quartier.

Fanny Herold überlebte dadurch und konnte nach Neunkirchen zurückkehren.

Es muss zu dieser Zeit gewesen sein, dass Fritz seinen Namen in Fred änderte.

Im März 1945 wurde Fred französischer Staatsbürger.

Im Oktober 1945 besuchte er seine Geburtsstadt Neunkirchen. Wann er offiziell mit seiner Ehefrau nach Neunkirchen umsiedelte, konnte nicht geklärt werden. Nach den Angaben des Stadtarchivs Neunkirchen wohnten die Eheleute Herold ab 1949 in der Bahnhofstraße 31, wo sie auch polizeilich gemeldet waren. Später verzogen sie in die Lindenallee 7; dort wohnte auch Frau Fanny Herold. Über den beruflichen Werdegang von Fred Herold nach 1945 liegen uns keine Angaben vor.

Am 15. Juni 1971 verstarb Fred Herold in Neunkirchen und wurde auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt.

Recherche und Text: Erika Klug

(*) für Fanny Herold wurde am 20. April 2015 ein Stolperstein verlegt.

Quellen: Stadtarchiv Neunkirchen Schreiben vom 1. 7. 2016

Wiedergutmachungsakten Nr. LEA 11011 und LEA 11012 des Landesarchivs SB

(*1) Camp de Gurs, siehe Erläuterungen

Familie Stein

ehem. Wohnhaus, Bahnhofstraße 25

Juden

Siegfried Levi Stein

geboren am 6. Oktober 1891

1935 nach Frankreich geflüchtet

ermordet am 8. Februar 1944 KZ Auschwitz



Hedwig Stein, geborene Loeb

geboren am 21. November 1893

1935 nach Frankreich geflüchtet, überlebte

Günther Stein

geboren am 7. Oktober 1925

1935 nach Frankreich geflüchtet

ermordet am 8. Februar 1944 KZ Auschwitz



Walter Stein

geboren am 24. Juli 1920

1935 nach Frankreich geflüchtet, überlebte

Siegfried Levi Stein wurde am 6. Oktober 1891 in Offenbach am Glan, Kreis Kusel, Rheinprovinz geboren. Von Beruf war er Kaufmann, er gehörte der jüdischen Glaubensgemeinschaft an.

Im Jahre 1914 zog er von Guntersblum/Hessen in die Scheffelstraße 8 nach Neunkirchen, am 9. Februar 1916 in die Stummstraße 5 und später in die Stummstraße 7.

Während des 1. Weltkrieges war er als dienstuntauglich eingestuft.

Siegfried Levi Stein hatte laut Gewerbeamt am 2. August 1919 mit Wirkung vom 1. September 1919 die Genehmigung zur Führung eines Schuhgeschäftes in Neunkirchen, Bahnhofstraße 27 erhalten.

(bezüglich der Hausnummer gibt es Unterschiede zwischen Gewerbebegenehmigung und Adressbuch von 1927, worin die Hausnummer Bahnhofstraße 25 angegeben wird)

Am 27. August 1919 heiratete er in Rhauen, Bezirk Bernkastel, die hier am 21. November 1893

geborene Hedwig Löb. Hedwig zog am 9. September 1919 in die Bahnhofstraße 27. Im Jahr 1921 zog Familie Stein dann in die Bahnhofstraße 25 um, diese wurde ab 1935 in Adolf-Hitler- Straße umbenannt. Familie Stein hatte zwei Kinder. Am 24. Juli 1920 wurde der ältere Sohn Walter und am 7. Oktober 1925 der jüngere Günther in Neunkirchen geboren. Walter wurde in der Wiedergutmachungsakte von seiner Mutter als kränklich beschrieben, von einem erlernten Beruf ist nichts bekannt. Günther dagegen erlernte den Beruf eines Schuhmachers. Das Schuhgeschäft der Familie Stein war als gut gehend zu bezeichnen. Siegfried L. Stein beschäftigte sechs bis acht Angestellte, was durch Zeugen belegt wurde. Nach der Wiedereingliederung des Saargebietes ins Deutsche Reich 1935 wurde die Familie Stein gezwungen ihr Geschäft in Neunkirchen aufzugeben und zu verkaufen. Für das gut gehende Geschäft in der Innenstadt erzielten sie nur einen außerordentlich geringen Preis. Das Gewerbe wurde am 24. Oktober 1935 mit Wirkung vom 12. September 1935 von Amts wegen abgemeldet. Um weiteren Repressionen durch die Nazis zu entgehen verließen Siegfried L. Stein, Ehefrau Hedwig und die Kinder Walter und Günther Neunkirchen am 8. November 1935 und emigrierten nach Frankreich, nach Mende, Département Lozère. Hier wollte die Familie ein neues Schuhgeschäft erwerben, doch wegen der fehlenden Arbeitserlaubnis und fehlender Sprachkenntnisse war dies nicht möglich. Bis 1937 lebten sie in Mende, danach kamen sie nach Longwy, Dép. Meurthe et Moselle, wo sie mit den geringen Mitteln aus dem Verkauf des Schuhgeschäftes in Neunkirchen ein neues Geschäft erwarben. Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Frankreich wurde Familie Stein „evakuiert“ und kehrte nach Mende zurück. Ihr Geschäft und die Wohnung einschließlich der Möbel mussten sie zurück lassen. Am 19. Januar 1944 wurden Siegfried L. Stein und sein Sohn Günther in Mende von der Gestapo verhaftet. Da nur die beiden Männer festgenommen wurden, kann angenommen werden, dass sie in eine Straßenrazzia der Gestapo gerieten und verhaftet wurden. Beide wurden am 22. Januar 1944 ins Sammellager Drancy eingeliefert. Am 3. Februar 1944 erfolgte dann der Transport beider ins KZ Auschwitz. Bei der Selektion ist keine Registrierung erfolgt; dies bedeutet, dass sie vergast wurden. Durch ein Urteil des Zivilgerichts in Briey vom 19. Dezember 1947 wurden beide zum 8. Februar 1944 für tot erklärt. Frau Hedwig Stein und ihr Sohn Walter überlebten den Holocaust in Frankreich, sie hatten die französische Staatsbürgerschaft erhalten. Nach der Rückkehr am 10. Oktober 1946 nach Longwy fanden sie nichts mehr von ihrem Eigentum vor. Frau Stein erhielt nach 1945 eine Witwenrente, sie wurde als Opfer des Faschismus anerkannt. Sie verstarb im Jahre 1964, bis zu ihrem Tod lebte sie in Frankreich. Der Sohn Walter Stein war ebenfalls französischer Staatsbürger und lebte bis zu seinem Tod im Jahre 1960 in Frankreich.

Recherche und Text: Erika Klug

Quellen: Stadtarchiv Neunkirchen Schreiben vom 1. August 2014

Wiedergutmachungsakte LEA 12179 des Landesarchivs Saarbrücken

Schreiben des Internationalen Suchdienstes Bad Arolsen vom 6. Mai 2014

Franz Carl Eduard Senz „Sense Eduard“

ehem. Wohnhaus, Johannesstraße 16

Euthanasieopfer

geboren am 30. Dezember 1877

ermordet am 28. Februar 1941 in Hadamar (Aktion T4)

Am Anfang des vorigen Jahrhunderts, als die Neunkircher Bahnhofsuhr immer die richtige Zeit anzeigte, die Straßenbahn bimmelnd ankündigte, dass in der Hüttenbergstraße Vorsicht geboten sei, der Abstich im Neunkircher Eisenwerk den Abendhimmel orangerot färbte und die Arbeiter nach getaner Schicht zu KLEIN-NICKEL flüchteten, um sich mittels Bier den Staub aus dem Hals zu spülen, erregte und erfreute der Kofferträger, Milch- und Kohlenkutscher Eduard Senz, mit seiner „gebremsten“ Sprache, er stotterte stark, seinem Esel und Karren und seinem schlüpfendem Gang die Gemüter der Neunkirchener.

Er wurde vor 139 Jahren, um genau zu sein, im Jahre 1877, in Wiebelskirchen geboren und im Nachhinein und nach sorgfältigen Recherchen stellen wir fest, dass es sich lohnt, sich über ihn Gedanken zu machen. In den Anfangsjahren des vorigen Jahrhunderts war er aus dem Neunkirchener Straßenbild nicht mehr wegzudenken und zahlreiche Anekdoten und Witze über ihn machten damals wie heute die Runde.

Im Jahre 1921 starb tragischer Weise seine Mutter infolge einer Rauchvergiftung, und von nun an ging es mit ihm bergab, so dass er wegen Wahnvorstellungen und Panikattacken nach Merzig in die Heil- und Pflegeanstalt „in Kur“ geschickt wurde.

Dort verbrachte er, auch zur Freude des Pflegepersonals wegen seiner stotternden Schlagfertigkeit, achtzehn Jahre seines Lebens. Nach der Umgestaltung der Merziger psychiatrischen Anstalten in ein Soldatenlazarett, wurde er 1939 in die Psychiatrie nach Herborn/Hessen gebracht.

Dort wurde er 1941, im Rahmen der Aktion T4*, nach Hadamar und in die Gaskammer geschickt, wo er als „unwertes“ Leben starb und deswegen heute einen Stolperstein bekommt.

Text: André Noltus

Quellen: André Noltus, Franz Carl Eduard Senz „Sense Eduard“; Edition Schaumberg

Ergänzung: Die Eltern von Eduard Senz waren Johan Senz und Katharina, geb. Volz.

Das Ehepaar hatte mehrere Kinder. Eduard besuchte die Volksschule, musste allerdings zweimal eine Klasse wiederholen. Wir wissen nicht, wann Eduard Senz nach Neunkirchen umzog.

Er wohnte zuerst in der Phillipstraße, später in der Johannesstraße.

Während seines Aufenthaltes in der Merziger Anstalt hatte einer seiner Brüder ein Gesuch an die Anstaltsleitung gerichtet und bat darum, den Bruder Eduard bei sich unterzubringen und zu versorgen. Dies wurde durch ärztlichen Bescheid abgelehnt. Rainer Dörrenbecher



Familie Keller

ehem. Wohnhaus, Irrgartenstraße 13

Antifaschist, protestierte gegen Kriegsproduktion

Gustav Richard Keller

geboren am 20. Juni 1905

ermordet 23. Dezember 1940 im KZ Neuengamme



Katharina Keller, geborene Böshaar

geboren am 20. Dezember 1906

gedemütigt, entrechtet, überlebte

Heinz Keller

geboren am 1930

gedemütigt, entrechtet, überlebte



Horst Keller

geboren am 1933

gedemütigt, entrechtet, überlebte

Gustav Keller

geboren am 1935

gedemütigt, entrechtet, überlebte

Brigitte Keller

geboren am 1938

gedemütigt, entrechtet, überlebte



Gustav Richard Keller wurde am 20. Juni 1905 in Neunkirchen als Sohn der Eheleute Friedrich Wilhelm und Bertha Keller, geborene Honecker, geboren. Er wuchs auch in Neunkirchen auf.

Von 1919 bis April 1922 erlernte er das Handwerk eines Huf- und Wagenschmiedes und legte am 20. April 1922 die Gesellenprüfung ab. Außerdem hatte er eine abgeschlossene Ausbildung als Kohlenhauer, was aus heutiger Sicht für eine hohe Flexibilität im Berufsleben spricht. Laut Arbeitsbuch arbeitete er vom 29. August 1922 bis 9. Januar 1939 auf der Grube König in Neunkirchen. Am 23. November 1928 heiratete er in Neunkirchen Katharina Böshaar, geboren 20. Dezember 1906. Die Eheleute wohnten überwiegend in Neunkirchen, zeitweise auch in Wiebelskirchen.

Sie hatten vier Kinder, die Söhne Heinz, geboren 1930; Horst, geboren 1933;

Gustav, geboren 1935 und die Tochter Brigitte, geboren 1938.

Gustav Richard Keller war zunächst Mitglied des „Saarbundes“(*1) und später Gegner der Nationalsozialisten. Im Abstimmungskampf sprach er sich offen gegen einen Anschluss an Nazideutschland aus und engagierte sich in der antifaschistischen Einheitsfront (*2). Auch nach dem Anschluss des

Saargebietes an Hitler-Deutschland 1935 verhehlte er seine politische Einstellung nicht und vertrat seine ablehnende Haltung zu den Nazis auch auf seiner Arbeitsstelle. Das führte am 9. Januar 1939 zu seiner Entlassung von der Grube König.

Am 7. Februar 1939 wurde er zu einem kriegswichtigen Betrieb, der Firma Stahlbau und Kleineisenzeug Heinrich Fürst und Söhne Homburg, dienstverpflichtet. Dann am 13. Dezember 1939 wurde er als Schmied zur Kriegsmarinewerft, Schiffbau- Ressort Wilhelmshafen dienstverpflichtet. Gegen diese Beschäftigung, unmittelbare Kriegsproduktion protestierte er, verblieb jedoch auf dieser Arbeitsstelle. Etwa ein halbes Jahr später, er befand sich bei seiner Familie auf Urlaub, erhielt er am 20. Juni 1940 eine Vorladung zur Gestapodienststelle in Neunkirchen. Familie Keller wohnte damals in der Josephstraße 5 (*3) in Neunkirchen. Er leistete dieser Vorladung Folge und ging zur Gestapo. Von dort kehrte er nicht mehr zurück. Einige Tage später wurde auch seine Ehefrau zur Gestapo befohlen und verhört.

Die Familie erhielt keine Auskunft über den Verbleib des Ehemannes und Vaters. Erst durch eine Mitteilung Gustav Kellers selbst erfuhr die Familie, dass er am 20. Juli 1940 ins KZ Dachau eingeliefert wurde. Hier erhielt er die Einstufung als AZR (Arbeitszwang Reich)(*4) und die Häftlingsnummer 14016.

Am 3. September 1940 erfolgte seine Überführung ins KZ Sachsenhausen, wo er nur kurzzeitig verblieb. Am 1. Oktober 1940 wurde er dann zum Aufbau des KZ Neuengamme bei Hamburg dorthin überstellt. Entgegen der Einstufung in Dachau als AZR, bestätigt das „Internationale Lagerkomitee von Neuengamme“ (Amicale Internationale de Neuengamme), dass Gustav Keller als politischer Häftling in Sachsenhausen eingeliefert worden sei und nach kurzer Zeit nach Neuengamme weitertransportiert worden sei. Hier verstarb Gustav Keller am 23. Dezember 1940 „an Körper-Herz- und Kreislaufschwäche“ im Krankenrevier. Die Angaben in den Akten zu den Todesursachen entsprechen in der Regel nicht den wahren Ursachen.

Gustav R. Keller wurde wegen seiner aufrechten Haltung als Antifaschist und seines Widerstandes gegen unmittelbare Kriegsproduktion als Asozialer abgestempelt und seine Familie diskriminiert.

Die Familie Keller hatte durch die Verhaftung des Ehemannes und Vaters keine Einkünfte mehr.

Katharina Keller musste nun eine Doppelbelastung übernehmen, neben der Arbeit im Haushalt und der Kindererziehung musste sie das Geld zum Überleben der Familie erarbeiten.

Diesen Zustand unterstreicht eine entsprechende Aussage des ältesten Sohnes Heinz in einem Protokoll des Landgerichtes: „Meine Mutter stand dann mit uns Kindern, im Alter von 10 bis 18 Jahren allein, von den NS-Mitbewohnern des Ortes verachtet und ohne jegliche Unterstützung.“ Unter diesen Belastungen brach Katharina Keller zusammen. Ihr weiteres Leben lang litt sie unter diesen Erlebnissen. Die ganze Familie war fortan als asozial stigmatisiert. Der Sohn Horst erinnert sich, dass sie alle nach Ottweiler zum Sippenamt bestellt wurden. Hier wurde ihre geistige Verfassung überprüft.

Er hat noch heute die Worte der Ärzte im Ohr: „Ich weiß gar nicht, was die haben, die Kinder sind doch ganz normal.“ Die sie Untersuchenden bescheinigten letztlich den Kindern Intelligenz und Aufgewecktheit. Die Familie durfte zusammenbleiben.

Doch das Ende des Faschismus war noch nicht das Ende der Diskriminierung.

Die für eine Wiedergutmachung und Entschädigung zuständigen Behörden hatten ungeprüft, die diffamierende Einstufung durch die SS als Arbeitsscheuer übernommen und gar verschärft.

Ignoriert wurde sein lückenloses Arbeitsbuch.

Ende Mai 1945 wurde vom „Amt für Wiedergutmachung politischer Schäden der Stadt Neunkirchen“ Gustav Keller unterstellt, „dass er jede Arbeit verweigert hat“.

Diese herabwürdigende Beurteilung haben 1968 das Landesentschädigungsamt und

in einem endgültigen Urteil das Landgericht Saarbrücken im folgenden Jahr bekräftigt. Da Gustav Keller keiner antifaschistischen Partei angehört hatte, wurde ihm Widerstand gegen das Naziregime nicht anerkannt. Die Anträge der Familie auf Wiedergutmachung und damit auf Rehabilitierung wurden einheitlich abgelehnt.

In dem Widerspruchsverfahren der Familienangehörigen 1968 hat das Landesentschädigungsamt entschieden: „Somit hat Gustav Keller keinen Schaden erlitten, der auf nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen (§2 BEG) zurückgeführt werden kann.“

Nach einem humanistischen und demokratischen Verständnis ist dies eine Ungeheuerlichkeit und nicht zu verstehen. Und nach unserem heutigen Verständnis des Widerstandes gegen die Nazidiktatur war dies eine politisch motivierte Fehlentscheidung. Wenn wir heute von Zivilcourage sprechen, so dürfen Menschen wie Gustav Richard Keller nicht vergessen werden - und auch nicht die Familienangehörigen, die darunter litten.

Recherche: Barbara Keller, Erika Klug

Text: Erika Klug, Rainer Dörrenbecher

Quellen: Unterlagen des Stadtarchivs Neunkirchen, Archivunterlagen der KZ Dachau und Neuengamme; Landesarchiv des Saarlandes Saarbrücken; Unterlagen der Enkelin Barbara Keller und Horst Keller

Anmerkungen:

*1) Saarbund, siehe Erläuterungen

*2) antifaschistische Einheitsfront, siehe Erläuterungen

*3) Josephstraße: die Straße existiert heute nicht mehr; war eine Verbindungsstraße zwischen Schwebelstraße und Königstraße; Stolpersteinverlegung Irrgartenstraße 13, vorherige langjährige Wohnadresse;

*4) AZR, siehe Erläuterungen

Adam Ernst und Henriette Elisabeth Weber

ehem. Wohnhaus, Bürgermeister-Ludwig-Straße 15

Juden,
Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

Adam Ernst Weber
geboren am 1896
gestorben am 3. November 1968

Henriette E. Weber, geborene Weinberg
geboren am 11. März 1899
gestorben am 23. Mai 1945



Henriette Elisabeth Weinberg (Else) wurde am 11. März 1899 als Tochter des Metzgers Simon Weinberg und seiner Ehefrau Sophie, geb. Schüler, in Bad Kreuznach geboren. Else hatte noch fünf Geschwister, sie war das zweite Kind der Familie. Über ihre Kindheit und Jugend konnte nichts herausgefunden werden. Die Familie war jüdischen Glaubens. Kurz nach ihrem 22. Geburtstag, am 14. März 1921 zog sie in die Brückenstraße 8 nach Neunkirchen; wechselte allerdings in den folgenden Jahren mehrmals den Wohnsitz in Neunkirchen. Ihr letzter Wohnsitz vor ihrer Eheschließung befand sich in der Philippstraße 2. In dieser Zeit arbeitete sie im Kaufhaus Levy als Verkäuferin. Am 28. Juli 1928 heiratete sie in Neunkirchen den Kaufmann Adam Weber, geboren 1896 in Neunkirchen. Das Ehepaar zog in die Wohnung des Ehemannes in die Ludwigstraße 15. Spätere Urkunden weisen ihn als Ernst Weber aus, eine Umbenennungsurkunde liegt uns nicht vor. Ernst Weber war kein Jude, das Ehepaar hatte keine Kinder. Nach der Eingliederung des Saargebietes ins Deutsche Reich ab März 1935 musste Else Weber die Repressalien und Erniedrigungen als Jüdin erleiden und ab 1939 zusätzlich den Vornamen Sara tragen. Ihre Lebensbedingungen waren sehr eingeschränkt. Ernst Weber hielt treu zu seiner Frau und wurde nach den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze*1) als jüdisch versippt und wehrunwürdig eingestuft. Er konnte aber seine Arbeit behalten; ein Teilhaber war selbst Jude. Laut Wiedergutmachungsakte wurde er am 20. April 1944 zur „Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs“ verhaftet und mit anderen „wehrunwürdigen“ Personen in ein Durchgangslager in Pirmasens gebracht. Die Aussagen von Ernst Weber zum „Empfang“ in diesem Lager erinnern an den eines KZ. Unter SS-Bewachung wurden die Häftlinge nach 8 Tagen nach Paris gebracht. Sie wurden der Organisation Todt *2) übergeben und kamen als „Bewährungsmänner“ nach Cravant, Département Yonne, Bourgogne; dort wurden sie einer Firma zur Arbeit zugewiesen. Die Lage im Lager Cravant *3) wird von Ernst Weber als menschenunwürdig beschrieben. Die Unterkünfte waren halb verfallen, sie waren ständig bewacht, durften das Lager nicht verlassen, wurden morgens zur und abends von der Arbeit geführt, waren den Misshandlungen durch die Truppführer ausgeliefert. Nach dem Hitlerattentat am 20. Juli 1944 wurde die Lage der Häftlinge unerträglich. Ernst Weber floh und schlug sich nach Neunkirchen durch. Bei seiner Ankunft musste er feststellen, dass ihre Wohnung ausgebombt war.

Seine Frau Else lebte völlig verschüchtert, wie ein gehetztes Tier, in ständiger Angst um ihr Leben in einem winzigen Zimmer.

Ernst Weber überlebte in Neunkirchen versteckt vor der Gestapo. Es ist deshalb anzunehmen, dass er bei der Verhaftung seiner Frau am 5. März 1945 nicht zugegen war.

Nur wenige Wochen vor der Befreiung des Saargebietes wurde Else Weber in Neunkirchen verhaftet und mit weiteren acht Juden des Kreises Ottweiler über etliche Umwege von Köln aus ins KZ Theresienstadt deportiert. Im KZ Theresienstadt wurde sie mit ihren Leidensgenossinnen in einer Holzbaracke untergebracht.

Die Verhältnisse in Theresienstadt waren in dieser Endzeit der faschistischen Herrschaft katastrophal. (siehe Biographie Fam. Lützenburger) Auch Else Weber erkrankte an Flecktyphus, die Befreiung des KZ am 8. Mai 1945 erlebte sie noch, verstarb jedoch nur zwei Wochen später am 23. Mai 1945 im Lager.

Bis Oktober 1945 musste sich Ernst Weber ohne Einkommen durchschlagen.

Dann wurde er im Wirtschaftsamt der Stadt Neunkirchen eingestellt.

Else Weber und ihr Mann Ernst wurden nach 1945 als Opfer des Naziregimes anerkannt.

In seinem Bericht an das Amt für Wiedergutmachung schrieb Ernst Weber: „Was ich in den 12 Jahren mit meiner Frau durchmachen musste, ist nicht zu schildern. Die seelischen Belastungen, die meine arme Frau erlitten hat und ihr schreckliches Ende, die Erniedrigungen, ganz zu schweigen von den vielen materiellen Verlusten, die ich in dieser Zeit hinnehmen musste, sind weder aufzuzählen, noch zu ersetzen.“

Ernst Weber lebte nach 1945 auch weiterhin in Neunkirchen.

Im September 1950 heiratete er seine zweite Frau, beide lebten bis 1957 in Neunkirchen.

Dann verzogen sie nach Saarbrücken. Ernst Weber verstarb am 3. November 1968.

Recherche und Text: Erika Klug, Rainer Dörrenbecher

Quellen: Stadtarchiv Bad Kreuznach Schreiben vom 4. Juli 2014

Stadtarchiv und Standesamt Neunkirchen, (*) Vorname lt. Geburts- und Eheurkunde

Lebenswege jüdischer Mitbürger; Herausgeber Landkreis Neunkirchen; Beitrag von Landau Michael „Ein Jude ist ein Jude“

Landesarchiv Saarbrücken LEA 16094

Bericht des Ernst Weber zu seinem Entschädigungsantrag

Anmerkungen:

*1) Nürnberger Gesetze, siehe Erläuterungen

*2) Organisation Todt, siehe Erläuterungen

*3) Lager Cravant, siehe Erläuterungen

Albert Spiegel

ehem. Wohnhaus, Eifelstraße 16

Arbeitsemigrant, Interbrigadist

geboren am 2. Januar 1910

ermordet am 19. Dezember 1936



Albert Spiegel wurde am 2. Januar 1910 in Wellesweiler geboren.

Die Familie wohnte in der Eifelstraße 16. Nach den Schrecken des ersten Weltkrieges wandten sich die Eltern vom Nationalismus ab und traten für Völkerverständigung und ein friedliches Zusammenleben der Nationen ein. Diese antinationalistische und solidarische Prägung durch das Elternhaus und seine schulische Ausbildung sind für Alberts weiteren Lebensweg von entscheidender Bedeutung.

So besuchte er nach der Volksschule die französische Mittelschule in Neunkirchen, die er am 3. März 1924 mit guten Zeugnissen verließ. Obwohl bereits zu dieser Zeit die Pro-Deutsche Propaganda gegen die Domanial-Schulen* massiv eingesetzt hatte, wird Albert 10. September 1925 in die Werkschuloberklasse, Abt. Handel, der Administration der Mines Domanial Françaises de la Sarre, eingeschult. Diese Ausbildung endete am 31. März 1928.

Wie alle Zeugnisse belegen, war Albert ein außergewöhnlich guter Schüler.

Nach seiner schulischen Ausbildung stand er, wie damals die meisten jungen Leute, vor einem Nichts. Arbeit gab es nur in einem begrenzten Umfang. Auf der Suche nach Zukunftsperspektiven wurden auch Überlegungen über eine Auswanderung angestellt.

Mehrere sahen in der französischen Hauptstadt Paris Möglichkeiten Arbeit zu finden.

Auch Albert Spiegel ging nach Paris.

Den frühesten Beleg seines Aufenthalts in Paris gibt es durch ein Arbeitszeugnis.

Dort bescheinigt sein Arbeitgeber, der „Au Bon Marchè“, Maison A. Boucicaut, eine Aktiengesellschaft, dass Albert seit 18. Juni 1930 als „Garçon de Magasin“ beschäftigt war.

Fahrten von Paris zu seinen Eltern in Wellesweiler scheinen für ihn kein Problem gewesen zu sein.

Mitte der 30er Jahre hatten sich in Frankreich die wirtschaftlichen Probleme verschärft und es kam zu großen sozialen und politischen Auseinandersetzungen. In der Folge von Massenstreiks wurde die Volksfrontregierung** gebildet und viele soziale Errungenschaften durchgesetzt.

Albert berichtet auch von einem Streik der Näherinnen im „Bon Marchè“, der bereits schon über einen Monat dauerte. Es gibt Entlassungen; am 25. Juli 1936 wird auch Albert Spiegel entlassen.

In dieser Zeit scheint er viele Kontakte zu deutschen Emigranten gepflegt zu haben.

So möchte er noch, am 17. November 1936 Taufpate von Christine Kessler, Tochter des aus Wemmetsweiler stammenden Fritz Kessler werden.

Er berichtet auch, dass die Behörden ihm seinen Pass abgenommen haben und er davon ausgeht, dass er diesen nicht mehr zurückerhält.

Der Kampf gegen den Faschismus und der Spanische Bürgerkrieg*** scheinen dabei ein beherrschendes Thema gewesen zu sein. In seinem letzten Schreiben an Eltern und Geschwister 8. November 1936

geht Albert Spiegel darauf ein. Er schreibt: „Von dem schrecklichen Bürgerkrieg in Spanien habt ihr ja auch gelesen, denn es ist ein schreckliches Abschlachten von beiden Seiten, wehe dem, der sich gefangen nehmen lässt, der wird sofort an die Wand gestellt. Während sie auf der einen Seite alle Priester erschießen, die Kirchen niederbrennen und die Nonnen aus den Gräbern ausgraben, erschießt man auf der anderen Seite alle, die der Volksfront angehörten.“ Diese Zeilen erinnern sehr an die, gegen die Spanische Republik gerichtete faschistische und bürgerliche Propaganda.

Wenig später stellt er sich auf die Seite der Volksfront und begibt sich nach Spanien, um auf der Seite der Republikaner gegen Francos Truppen zu kämpfen. Diese befanden sich Anfang Dezember 1936 auf dem Vormarsch auf Madrid. Bei Boadillo del Monte wurde der Vormarsch durch das französische Bataillon „Commune de Paris“ gestoppt. Der eilte die deutsche Brigade „Ernst Thälmann“ zu Hilfe, der sich auch Albert Spiegel angeschlossen hatte.

Zusammen mit 14 weiteren deutschen Kämpfern befand sich Albert Spiegel am 19. Dezember 1936 bei einem Stoßtrupp. Sie gerieten in einen Hinterhalt und wurden alle getötet. Die verstümmelten Leichen konnten später geborgen werden und wurden auf dem Friedhof von Fuencarral zur letzten Ruhe gebettet. Der Wellesweiler Bürger Albert Spiegel war für seine Ideale gestorben.

Text: Rainer Dörrenbecher

Quellen: „Neues aus der Dorfmitte“ Nr. 8 + 9/2007; Herausgeber Hans Günther Sachs, Hirtenstraße 26, 66539 Wellesweiler; Wellesweiler Arbeitskreis für Geschichte, Landeskunde und Volkskultur e.V.

Anmerkungen:

* Domaniel-Schulen, französischsprachige Volks- und Berufsschulen der französischen Grubenverwaltungen im Saargebiet

** Volksfrontregierung in Frankreich von 1936 bis 1938; bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielten die Parteien der Volksfront (front populaire), Sozialistische Partei, Kommunistische Partei, Radikalsozialisten und andere, eine Mehrheit und bildeten unter Ministerpräsident Leon Blum (Sozialist) eine Regierung. Im ersten Jahr wurden vielfältige soziale Errungenschaften erreicht und demokratische Rechte in der Arbeitswelt. Die Volksfront zerbrach an außenpolitischen Gegensätzen (Nichteinmischung der Regierung im Spanischen Bürgerkrieg) und dem Stop des Sozialprogramms

*** der Spanische Bürgerkrieg, siehe Erläuterungen

Vorbemerkung:

Heinrich F. Krüger gehörte als KZ-Häftling zur Gruppe der „Berufsverbrecher“. Bisher hatten wir uns mit dieser Gruppe der Opfer des Faschismus nicht auseinandergesetzt. Und die Frage, ob Heinrich F. Krüger eines STOLPERSTEINS „würdig“ ist, stellt sich. Damit haben sich die Beteiligten des Projekts „Biographien von NS-Opfern in Neunkirchen“ auseinandergesetzt und Gunter Demnig konsultiert. Übereinstimmend sind wir der Auffassung, dass das KZ-Regime an sich ein Menschheitsverbrechen ist und somit auch Heinrich F. Krüger Opfer des NS-Regimes.

Rainer Dörrenbecher

Heinrich Friedrich Krüger

Wohnhaus, ehemalige Siedlung „Brückweiherhof“
heute: Limbacher Straße/Ecke Klinikweg

Kleinkrimineller

geboren am 2. August 1901

ermordet am 17. Januar 1943 im KZ Mauthausen



Heinrich (Henri) Friedrich Krüger wurde am 2. August 1901 in Brückweiherhof (*) in Neunkirchen-Kohlhof geboren. Er ist der zweite Sohn der vier Kinder von Alma Grimnig und Albert Krüger, die ihn am 2. September 1901 in der Christuskirche in Neunkirchen evangelisch taufen lassen.

Die Eltern, die nach Neunkirchen zugezogen waren, betrieben eine Schreinerei, einen Zimmermannsbetrieb, eine Geflügelzucht, eine Molkerei und eine Bäckereifiliale.

Max Krüger, der Bruder von Heinrich F. Krüger, wohnte in Schwerin und war als regionaler Baumeister tätig. Nachdem Heinrich Friedrich die

Volks- und Mittelschule besucht hatte, arbeitete er 1916 in einer Munitionsfabrik und in der Landwirtschaft, beispielsweise in Prenzlau in der Uckermark und als Verwalter von landwirtschaftlichen Gütern in Frammersheim/Rheinhausen.

Im Jahr 1923 war er Teilhaber einer Brennerei mit Weinhandel, die jedoch 1925 aufgelöst wurde. Wegen eines Zechbetrugs wurde Krüger im Juli 1924 bestraft, heiratete dennoch am 30. November 1924, gegen den Willen seiner Eltern Philippine Hauenstein.

Die Ehe scheint unglücklich gewesen zu sein. Allerdings hatte Heinrich Friedrich Krüger Kinder, ob diese aus der Ehe mit Philippine Hauenstein hervorgegangen sind, ist nicht bekannt.

Er arbeitete in der Molkerei seiner Eltern, und in dieser Zeit wurde er mehrmals von verschiedenen Gerichten wegen kleinerer Diebstählen verurteilt.

1926 eröffnete er ein Geschäft in Kreuznach und war als Versicherungsagent tätig.

Im Jahr 1927 trat er eine Reise nach Kanada an, von der er im Januar 1928 wieder zurückkehrte, um weiterhin ab Mai als Versicherungsagent zu arbeiten. Seine Frau und er ließen sich scheiden, und im Anschluss daran war er als Molkereihilfe in Geestenseth/Bremerförde angestellt.

Als er diese Arbeitsstelle verlor, hielt er sich bei einem Onkel in Tondern/Dänemark auf.

Wieder zurück in Deutschland beging er einige Diebstähle und wurde 1930 aufgrund seiner Taten abermals verurteilt. Nach dem Ende seiner Haftstrafe betrieben Ernst Göhring und er eine Molkerei in Wendelsheim, die Krüger später alleine führte, aber aufgeben musste.

Im Anschluss daran machte er sich wiederholt strafbar und wurde dementsprechend verurteilt.



„Bertaheim“ - ehemaliger Name der Kinderklinik Kohlhof,
heute Marienhausklinik St. Josef

Während eines Ausbruchs aus einem Gefängnis in Calw lernte er Franziska Schmieder kennen. Als er seine Haftstrafe im November 1938 verbüßt hatte, brach er nach Nordrach, zu seiner Lebenspartnerin Franziska Schmieder auf. Von nun an reisen Sie gemeinsam, wobei Krüger nach Italien floh, da er weitere Diebstähle begangen hatte. Die Beiden trafen sich in Bozen und begaben sich über Mailand, Genua und Venedig nach Omis, das im heutigen Kroatien liegt. Gemeinsam betrieben sie dort 1939 eine Pension und kehrten im September zurück nach Deutschland. Nach ihrer Ankunft erbeutete Krüger eine große Summe an Geld bei einem Diebstahl und wurde festgenommen. Am 24. Januar 1940 verurteilte das Landesgericht Offenburg Heinrich Krüger zu acht Jahren Zuchthaus und vier Monaten U-Haft. Im Rahmen seiner Haftstrafe wurde Krüger am 27. November 1942 in das KZ Mauthausen eingeliefert, wo man ihn in der Häftlingskategorie Berufsverbrecher führte. Heinrich Krüger wurde am 15. Januar 1943 in das Außenlager Gusen I des KZ Mauthausens gebracht, in dem er am 17. Januar 1943 verstarb. Laut Angaben des KZs war die Todesursache Lungentuberkulose, allerdings entsprachen diese Angaben in den meisten Fällen nicht der Wahrheit. Sein Leichnam wurde am 20. Januar 1943 in das Krematorium Gusen eingeäschert.

Recherche und Text: Johanna Petry, Klasse 10. 4 Schuljahr 2016/17, Gymnasium am Krebsberg

* Die Siedlung Brückweiherhof existiert nicht mehr. Dort befindet sich heute die Marienhausklinik Neunkirchen-Kohlhof. Stolpersteinverlegung Bushaltestelle Limbacherstraße - Ecke Klinikweg